

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/6625/2019
	Status: öffentlich
	Datum: 23.01.2019
Antragstellende Fraktion/en: Marburger Linke	

Beratungsfolge:		
Gremium Stadtverordnetenversammlung	Zuständigkeit Entscheidung	Sitzung ist Öffentlich

Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Das Engagement der Schüler*innen für Klimagerechtigkeit ist ein ermutigendes Zeichen!

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Engagement zahlreicher Marburger Schüler*innen vom 18. Januar 2019 für Klimagerechtigkeit im Rahmen des bundesweiten „Fridays for future“. Der Magistrat wird aufgefordert, auf die Schulen einzuwirken, dass den protestierenden Schüler*innen durch ihr Engagement kein Nachteil widerfährt.

Begründung:

"Why should I be studying for a future that soon may be no more, when no one is doing anything to save that future?"

Unter diesem eindrucksvollen Motto sind letzten Freitag hunderte Marburger Schüler*innen auf dem Marktplatz gegangen, um ihre Forderungen für eine nachhaltige Klimapolitik in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie stehen im Kontext einer bundesweiten spontanen Schüler*innenbewegung namens „Fridays for future“, angestoßen durch das medial wirksame Beispiel der mutigen schwedischen Schülerin Greta Thunberg. Besonders bemerkenswert ist ihr Schwerpunkt auf globale Klimagerechtigkeit: Die Folgekosten einer angeblich unbegrenzten Wachstumslogik moderner Industriegesellschaften dürfen nicht auf die Länder des globalen Südens ausgelagert werden.

Das Denken und Verhalten der Schüler*innen steht damit im Einklang einer Demokratiepädagogik, welche Demokratie nicht nur als Staats-, sondern auch als Lebensform begreift. Das aktive Eingreifen der Schüler*innen in politische Problemkonstellationen begünstigt die Entwicklung eines nachhaltig demokratischen Denkens. Dass sich die Schüler*innen dabei in Widerspruch zu ihrer staatlichen Schulpflicht stellen, entspricht dabei der Logik eines Streik-Protestes: Eine maximale mediale Öffentlichkeit ist die Zielrichtung eines solchen Streiks.

Leider ist dieser Protest nicht vom gesamten Lehrpersonal der Marburger Schulen unterstützt worden. Teilweise wegen aktiven Unverständnisses, teilweise wegen fehlender Informiertheit wurden Teile der engagierten Schüler*innen sanktioniert, bspw. durch das Eintragen einer unentschuldigten Fehlstunde. Wir möchten den Magistrat darum bitten, das demokratische En-

gagement der Schüler*innen als Wert an sich anzuerkennen und auf die Schulen entsprechend einzuwirken, den Schüler*innen keinen Schaden zu hinterlassen.

Jonathan Schwarz

Renate Bastian